Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtrage- 15 Pfg. Alle Postanstalten Träger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Postboten und unsere Austräger nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Rechnerische Fehler berichtigen wir nicht. Für gesetzlich vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften wird keine Gewähr übernommen. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 196. 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden. Postscheck: Dresden 2640 Montag, den 23. August 1926

Aufwertung für Versicherte.

Der Beschluß der Reichsregierung, daß ein Volksbegehren zur Wiederaufrollung der Aufwertungsfrage nicht statthaft sei, hat wohl die Hoffnung aller derer geknickt, die da glaubten, auf diesem Wege doch noch eine höhere Aufwertungsquote erzwingen zu können, als sie die Regelung des vorigen Sommers zuläßt. Allerdings kann bei Etatsfragen — um solche soll es sich ja letzten Endes nach der Meinung der Regierung hier handeln — der Reichspräsident einen Volksentscheid anordnen. Aber da dieser politische Schritte kaum ohne vorherige Verständigung mit dem Reichskabinett vornehmen dürfte, so ist damit die letzte Erwartung einer neugeordneten Aufwertung geschwunden, zumal es gegen den abweisenden Bescheid kein Rechtsmittel gibt. Allerhöchstens könnte man den Reichsinnenminister parlamentarisch verantwortlich machen, was aber nach Lage der Dinge kaum Erfolg haben dürfte.

Zu den bisherigen Aufwertungsvereinigungen ist aber über Nacht noch eine neue getreten. Im Gegensatz zu den bisher bestehenden Verbänden, die ja eine Änderung der Gesetzgebung anstreben, handelt es sich diesmal um einen Zusammenschluß, der darauf drängt, daß die Möglichkeiten, die das vom Reichstage verabschiedete Aufwertungsgesetz gibt, voll ausgenutzt werden und möglichst bald in Erscheinung treten. Es handelt sich hier um die Aufwertungsvereinigung für Versicherte, zu deren Gründern namhafteste Parlamentarier aller Parteien und Angehörige aller Stände gehören, so daß eine Ausnutzung zu Parteizwecken so gut wie ausgeschlossen erscheint.

Das Aufwertungsgesetz trat zuerst dadurch in Erscheinung, daß das Reich in einem allerdings recht langsamen Verfahren die Ansprüche und Quoten der einzelnen Anleihebesitzer feststellen ließ. Jetzt folgen die Staaten und Gemeinden nach, soweit sie nicht schon von sich aus zu einer Regelung geschritten sind. Allerdings haben die Staatsgläubiger noch kein bares Geld erhalten und es dürfte damit noch einige Zeit dauern. Sie haben aber immer die Möglichkeit, unter Umständen das ihnen Zustehende in irgendeiner Form für sich nutzbar zu machen. Anders steht es mit denen, die in irgendeiner Form eine Versicherung eingegangen sind. Hier rührt sich nichts. Da ist es sicher angemessen, wenn hier etwas Dampf aufgemacht wird.

Die Aufwertung der Versicherten ist im Aufwertungsgesetze vorgesehen. Allerdings würde nicht, wie bei Hypotheken und Anleihen, ein bestimmter Prozentsatz festgesetzt, da einmal die Verhältnisse bei den einzelnen Versicherungsgesellschaften und die Art der Versicherung selbst zu verschieden sind. Dann wurde angeführt, daß diese Gesellschaften erst einen endgültigen Entschluß fassen könnten, wenn sie wissen, was dem für Aufwertungszwecke zur Verfügung stehenden Fonds aus ihren Anleihen und Hypotheken zufließen wird. Also verspätete sich die Erledigung der Versicherungsansprüche. Es ist fraglich, ob diese Verspätung eine solche Hinausschiebung rechtfertigt, wie sie sich tatsächlich zu entwickeln scheint. Das ist auf jeden Fall zu verneinen.

Nach dem Wortlaut des Gesetzes können sich die Gesellschaften damit entschuldigen, daß sie selbst noch keine Übersicht über das ihnen zur Verfügung stehende Kapital haben und deshalb noch nichts über die Quoten bestimmen können. Das ist nur bis zu einem gewissen Grade richtig. Wenn auch keine gesetzliche Verpflichtung vorliegt, so ist doch sicher eine moralische oder besser eine Ehrenpflicht vorhanden, den früheren Versicherten wenigstens bald mitzuteilen, wie es sich mit den Ansprüchen auf eine Aufwertung verhält. Dann dürfte sich für die Versicherungsnehmer ein Weg finden, in irgendeiner Weise an eine Nutzbarmachung ihrer Ansprüche heranzugehen.

Hier ist der Punkt, wo der neugegründete Verband ansetzen will. Hoffentlich stößt er dabei auf das Entgegenkommen der Versicherungsgesellschaften, die sich klarmachen müssen, daß es sich dabei auch für sie um eine wichtige Frage, vielleicht sogar um eine Lebensfrage, handelt. Weiteres Schweigen könnte man ihnen als Übelwollen auslegen, während das schnelle Eingehen auf die berechtigten Wünsche ihnen wieder das alte Vertrauen weiter Bevölkerungsschichten verschaffen dürfte.

Entspannung im mexikanischen Kirchenstreit

Episkopat und Regierung lenken ein.

Das mexikanische Episkopat teilt mit, daß es den vom Präsidenten Calles gegebenen Anregungen folgen und den Streitfall vor den Kongreß und die Gerichte bringen will. Es soll zwar erst die Entscheidung Roms abgewartet werden, aber es steht schon jetzt fest, daß die Kirche ihre Sache vor den Gerichten durch die berühmtesten Rechtslehrer von Mexiko führen lassen wird.

Anderseits zeigt sich auch die Regierung nachgiebiger; sämtliche Katholiken, die letzthin unter dem Verdacht von Anstiftungen zum Aufruhr verhaftet worden waren, wurden, mit Ausnahme von einigen wenigen, aus der Haft entlassen. Außerdem melden die großen Newyorker Blätter übereinstimmend, daß sich die Aussichten für das Zustandekommen eines Kompromisses gebessert hätten.

Neuer Umsturz in Griechenland.

Paris, 23. August. Nach Meldungen aus Athen ist dort eine Militärrevolte ausgebrochen, die zum Sturz der Regierung Pangalos geführt hat. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag marschierten gegen 3 Uhr morgens ein großer Teil der Truppen und republikanische Organisationen nach der Stadt und besetzten sofort die Post und die Telegraphenämter und alle anderen öffentlichen Gebäude. Gegen 7 Uhr morgens überflogen Militärflugzeuge die Stadt und warfen Proklamationen an das Volk ab, in denen die Absetzung Pangalos und seines ganzen Regierungsapparates verkündet wird. Die neuen Machthaber werden nach ihren Erklärungen die alte gesetzliche Ordnung und die verfassungsmäßige Freiheit des Volkes wieder herstellen. Es sollen möglichst bald allgemeine Wahlen stattfinden. Der Führer der Aufstandsbewegung ist der General Kondilis, der bereits die Ministerpräsidentschaft übernommen hat. Der Admiral Konduriotis, der sich zurzeit auf der Insel Hydra befindet, wird voraussichtlich das Amt des Staatspräsidenten übernehmen. Die Aufstandsbewegung scheint überall glatt gelungen zu sein, ohne auf den geringsten Widerstand gestoßen zu sein. Die großen Garnisonen von Saloniki und Patras und ebenso in anderen Gegenden Griechenlands haben ihre Zustimmung bereits erklärt. Auch die Marine hat sich mit der Absetzung von Pangalos einverstanden erklärt. Pangalos selber ist festgenommen worden, ebenso die ganze bisherige Regierung. Alle von Pangalos verhafteten politischen Führer und Offiziere sind sofort freigelassen worden. In der Stadt Athen herrscht völlige Ruhe. Die Gegner Pangalos haben bereits seit längerer Zeit auf seinen Sturz hingearbeitet und immer mehr Anhänger gewonnen. Die gegenwärtige schwere Wirtschaftskrise, in der sich Griechenland befindet, begünstigte die Bestrebungen der Verschwörer. Durch das willkürliche Regiment Pangalos, vor allem durch die völlige Unterdrückung der Pressefreiheit und durch die zahlreichen Verhaftungen seiner politischen Gegner hatte sich ein großer Unwille gegen ihn gehäuft, der jedoch öffentlich nicht zum Ausdruck kommen konnte, da alle oppositionellen Regungen durch die Regierung Pangalos aufs schärfste unterdrückt wurden. Der neue Ministerpräsident Kondilis nahm während des Krieges am mazedonischen Feldzug auf Seiten der Alliierten teil und gilt als franzosen- und serbenfreundlich.

Reichskanzlerrede in Breslau.

Die außenpolitische Lage des Reiches.

Reichskanzler Dr. Marx sprach auf der Generalversammlung des Augustinus-Vereins, die in Breslau vor Beginn des Katholikentages stattfand, auch über einige außenpolitische Tagesfragen. Er führte dabei u. a. aus:

Nach wie vor wird die deutsche Außenpolitik beherrscht von dem großen Fragenkomplex, der sich an Locarno, die Besatzung und den Völkerbund knüpft. Daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht, wie vorgesehen, bei der verflossenen Märztagung erfolgen konnte, ist, wie auch die Vertragspartner von Locarno offen anerkannt haben, nicht die Schuld Deutschlands gewesen und deswegen hat man uns auch zugesagt, daß die in Locarno versprochenen Rückwirkungen eintreten sollten, als ob Deutschland bereits Mitglied des Völkerbundes sei, bzw. der Locarno-Pakt bereits Rechtskraft erlangt hätte. Nun werden manche von ihnen vielleicht dem entgegenhalten, daß ein praktisches Resultat dieser Besprechungen bisher kaum zu bemerken gewesen sei und daß der so viel zitierte „Geist von Locarno" nachgerade sich nicht allzusehr ausgewirkt habe. Ich gebe zu, daß wir alle, die wir Hoffnungen auf Locarno setzten,

unsere Hoffnungen bis jetzt nicht in dem Maße in Erfüllung gehen sahen,

wie wir es im Interesse unseres Landes und der Befriedung Europas gewünscht hätten. Wir vergessen aber nur allzu leicht bei der Beurteilung der Lage von heute den Vergleich mit der Lage von gestern, und da fällt der Vergleich doch — trotz allerlei berechtigter Beschwerden — entschieden zugunsten der Lage von heute aus.

Bezüglich der Besatzungsfrage liegt das Mögliche zur Zeit in der Richtung einer erheblichen Verminderung der Besatzung, einer Erleichterung der gesamten Situation im besetzten Gebiet durch weiteren Abbau der Ordonnanzen, durch Befreiung kleiner Ortschaften und Städte durch Besatzungstruppen, freilich unter Vermeidung einer stärkeren Belastung der größeren Garnisonen. Ich gebe zu, die Tatsache, daß nach der Räumung der Kölner Zone die Truppenzahl in der zweiten und dritten Zone sich zunächst noch um einige Tausend Mann vermehrt hat, verglichen mit der Zahl, die in den beiden Zonen vor der Räumung der Kölner Zone vorhanden waren, ist eine schmerzliche Enttäuschung für uns gewesen.

Frankreich hat nicht in dem Maße seinen Truppenbestand vermindert, wie englische und belgische Truppen neu hinzukamen.

Nach der Note der Botschafterkonferenz vom 14. November 1925 durften wir auf eine „fühlbare" Verminderung der Truppenstärken rechnen, und zwar auf eine Verminderung, welche sich der „Normalziffer" nähern sollte. Sie wissen, daß wir den Ausdruck „chiffres normaux" dahin interpretiert haben, daß darunter die Stärke der deutschen Friedensgarnisonen in den fraglichen Gebieten zu verstehen sei, und das sind etwa 50 000 Mann. Wir werden selbstverständlich nach wie vor uns an unsere Interpretation halten, aber die Hauptsache ist uns, daß tatsächlich eine fühlbare Verminderung eintritt.

Ich hoffe bestimmt, daß es trotz mancherlei Widerständen gelingen wird, den berechtigten deutschen Wünschen Geltung zu verschaffen. Sie wissen, daß in der Zeit zwischen dem 15. März und dem 15. Juni bereits 4000 Mann alliierte Truppen aus dem besetzten Gebiet zurückgezogen worden sind. Eine größere Anzahl wird in den kommenden Wochen das besetzte Gebiet verlassen. Selbstverständlich genügt uns eine Zahl von 10 000 Mann, die in der Presse genannt wurde, nicht.

Wir verlangen von der Gegenseite eine Politik im Geiste von Locarno. Wir verlangen von der Gegenseite auch eine Einwirkung auf die öffentliche Meinung im Geiste von Locarno. Gerade deshalb müssen wir uns peinlich hüten, den falschen Verdacht aufkommen zu lassen, als versuchten wir, einen Geist zu pflegen, der mit dem Geiste von Locarno in Widerspruch steht.

Die Wahrheit über Eupen-Malmedy.

Eupen und Malmedy bleiben belgisch

Frankreich und England widersprechen.

Wie die Brüsseler Zeitung „Soir" mitteilt, hat der belgische Ministerpräsident Jaspar erklärt, daß offizielle Verhandlungen über Eupen-Malmedy niemals stattgefunden hätten und nicht stattfinden würden. Auch in englischen Zeitungen wird das gleiche Dementi gebracht. Es ist klar, daß die in den letzten Wochen geführten Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien am französischen Widerstand gescheitert sind, den die britische Regierung unterstützte.

Die Kreise Eupen-Malmedy.

Es ist aller Welt bekannt, daß tatsächlich die deutsch-belgischen Besprechungen geführt worden sind. Wenn das Dementi bestreitet, daß „offizielle" Verhandlungen stattgefunden hätten, so wird eben indirekt die Tatsache „nichtoffizieller" Anknüpfungen zugegeben. Man weiß genau und gerade französische Blätter verkündeten es, daß an den Unterhaltungen, die über Eupen-Malmedy geführt worden sind, auf belgischer Seite die Minister Franqui und Vandervelde sowie Herr Delacroix beteiligt gewesen sind und auf deutscher Seite der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der die Besprechungen sicherlich nicht ohne Fühlung mit dem Reichskanzler und dem Auswärtigen Amt geführt hat. Es haben also Mitglieder der belgischen Regierung und deutsche amtliche Persönlichkeiten die Besprechungen über Eupen-Malmedy vor mehreren Wochen aufgenommen.

Belgien war bereit, gegen eine Währungsanleihe Deutschlands die Besetzung Eupen-Malmedys freiwillig aufzugeben und die Gebiete an Deutschland wieder abzutreten.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF